Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 25. November 1881. **Nr. 550.**

Deutschland.

Berlin, 24. November. Der Reichstag hatte in seiner heutigen (3.) Sitzung zunächst zahlreiche geschäftliche Kundgebungen zu empfangen, woraus hier hervorgehoben wird, daß Abg. Dr. Gieschen für VI. Schleswig-Holstein das Mandat annimmt und für den IV. Bezirk derselben Provinz niederlegt.

Die Anträge der Abgg. Kräcker und Hasenclever, die gegen sie eingeleiteten Strafverfahren für die Dauer der Session zu sistiren, wurden gegen den Widerspruch des Abg. Frhrn. v. Manteuffel genehmigt, welcher Prüfung durch die Geschäftsordnungs-Kommission verlangte.

Schatzsekretär Scholz leitete dann den Etat ein. Trotz des Defizits von 12 Millionen für 1881—82, das aus den Mindererträgen der Runkelrübenzucker-Steuer herzuleiten ist, kann danach die Finanzlage als eine verhältnißmäßig günstige betrachtet werden. Für das folgende Rechnungsjahr lasse sich sogar ein Ueberschuß von über 15 Millionen annehmen. In dem Bestreben, das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen, sei ein guter Fortschritt gemacht.

Abg. Richter hielt es am Eingang seiner diesjährigen Finanzrede für angezeigt, gegen die Form von Regierungs-Kundgebungen während des letzten Wahlkampfes Verwahrung einlegen zu müssen, und schien sich für den Berufenen zu betrachten, der die Stellung des Kaisers über den Parteien zu wahren habe. Den amtlichen Zahlen des Schatzsekretärs stelle er die seinigen gegenüber. Ueber die neue Wirthschaftspolitik hat er nach wie vor keine große Meinung. Von den konservativen Anhängern derselben rage als einsame Säule nur noch Herr v. Minnigerode. Sparsamkeit verlangt er besonders bei Heer und Flotte. Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit fehlte auch heute nicht. Die sozialen Schäden will Herr Richter nicht durch „Quacksalbereien", sondern durch „Kulturfortschritt" geheilt sehen, und an dieser Aufgabe arbeite seine Partei. Selbsthülfe, nicht Staatshülfe — das sei das echt konservative Programm der Fortschrittspartei, das sie vom Reichskanzler trenne, namentlich von der angebahnten Altersversorgung will Herr Richter gar nichts wissen, und damit kommt er wieder auf die sogenannten „Versprechungen" zu reden. In der Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck erblickt er gerade das Gegentheil von der gesunden Politik des großen Friedrich, von Hardenberg und von Stein. Nicht minder wurde auch die Judenfrage in die Debatte gezogen. Der Nothschrei über die hereinbrechende Reaktion blieb nicht aus. Gegen den Schluß seiner Rede sprach sich der Abgeordnete in immer lebhaftere Emphase hinein. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Generaldiskussion des Budgets außer heute mindestens noch zwei Tage in Anspruch nimmt.

— Die „Staatsbürger-Zeitung" schreibt: Auf Grund ganz zuverlässiger Informationen und unbetheiligt bei den Verhandlungen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten gelegentlich der Berliner Stichwahlen, sind wir in der Lage, aus diesen Verhandlungen eine bisher noch nicht bekannte Thatsache zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, welche diese Unterhandlungen in einem neuen Licht erscheinen läßt. Der Wunsch, der Fortschrittspartei in Berlin eine Niederlage zu bereiten, selbst wenn dies Ziel durch die Wahl eines Sozialdemokraten erreicht würde, war bekanntlich in vielen antifortschrittlichen Kreisen ein sehr lebhaft gehegter. Hiergegen hat sich jedoch nach dem Wahltage am 27. v. M. Herr Stöcker vor allem ausgesprochen, der als Vorbedingung die Forderung stellte, daß die Sozialdemokraten vorher die Erklärung abzugeben hätten: „Weder mit den revolutionären Bestrebungen, die sich bei einem Theile der Sozialisten zeigten, zu sympathisiren, noch den arbeiterfreundlichen Bestrebungen des Fürsten Bismarck prinzipielle Opposition zu machen." Diese Erklärung ist von einem hervorragenden Führer der Sozialisten und Reichstags-Abgeordneten abgegeben worden. Erst hiernach sind Verhandlungen, und zwar in förderlichster Weise, mit vier Berliner Sozialisten geführt worden, die aber durch Bebel und Liebknecht nicht acceptirt worden sind. Nunmehr enthielten sich die konservativen Wähler der Stimmabgabe. Dies ist der einfache und wahre Sachverhalt.

— Dem Präsidenten des Reichstages ist, betreffend den Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Kaiser heute nachstehendes Schreiben des königl. Hofmarschallamtes zugegangen:

Berlin, den 23. November 1881.

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich ganz ergebenst mitzutheilen, daß Se. Majestät der Kaiser und König sehr gern bereits Anlaß genommen hätten, die Herren Präsidenten des Reichstags in besonderer Audienz zu empfangen, zu Allerhöchst Ihrem Bedauern aber durch Unwohlsein leider noch behindert sind, indessen hoffen, schon in nächster Zeit diese Absicht realisiren zu können. Indem ich weitere Mittheilung darüber mir vorbehalte, darf ich Euer Hochwohlgeboren wohl bitten, auch den beiden Herren Vizepräsidenten des Reichstags hiervon vorläufig Kenntniß geben zu wollen.

gez. Graf v. Pückler.

An den Präsidenten des Reichstags
Herrn von Levetzow
Hochwohlgeboren.

— In den Couloirs des Reichstages zirkulirte heute das Gerücht, der Papst habe die Absicht ausgesprochen, seinen Aufenthalt in Fulda zu nehmen. Von anderer Seite wurde dies Gerücht vervollständigt, der Papst habe einen dahin zielenden Wunsch bereits Herrn v. Schlözer mitgetheilt gehabt. Wenn die Couloirsgerüchte auch regelmäßig auf Authentizität keinen Anspruch machen können, registriren wir jene Nachricht, da sie auch von ernsthafter Seite nicht unbeachtet gelassen wurden.

— Die am 10. unter dem Vorsitz des Direktors im Reichs-Postamt, Herrn Budde, zusammengetretene Konferenz von Posträthen und von Vorstehern größerer Verkehrsanstalten ist vorgestern (Dienstag) durch den Staatssekretär des Reichs-Postamts, Dr. Stephan, geschlossen worden. Derselbe nahm hierbei Gelegenheit, der Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß die Konferenz die an ihre Thätigkeit geknüpften Erwartungen erfüllt und die zur Berathung gestellten Fragen einer schnellen und sachlichen Erledigung zugeführt habe. Dies sei aber nicht der alleinige Nutzen der Konferenz; dieselbe werde einen weiteren anregenden und belebenden Einfluß dadurch ausüben, daß die Theilnehmer die am Sitze der Zentralbehörde erhaltenen Eindrücke mitnehmen und die gewonnenen Anschauungen auf die ihrer nächsten Fürsorge anvertrauten Beamten und die der Verwaltung näher stehenden Kreise fortpflanzen. Vor Allem mögen die Konferenzmitglieder in denselben auch das Bewußtsein fördern, daß sie unter der Aegide von Kaiser und Reich die vornehmste Thätigkeit ihres Lebens einem so schönen, dem Wohle der Nation gewidmeten Berufe zuzuwenden in der Lage seien, und daß es eine Ehre und eine Freude sei, die besten Kräfte für das Gedeihen der Gesammtheit getreulich einzusetzen. Jeder möge seinem untergebenen Personal recht zur Erkenntniß bringen, daß in diesem mächtigen Organismus der Einzelne für das Ganze arbeite und ein nothwendiges Glied in der großen Kette sei, welche den gewaltigen Verkehr unseres Zeitalters in der Nähe wie in der Ferne vermittele, die Völker einander näher rücke und der Verbreitung der Kultur auch bis in die fernsten Weltgegenden förderlich sei. Mit je mehr Liebe der Dienst versehen werde, desto mehr Freude werde Jeder an ihm haben.

Nachdem der Staatssekretär den Konferenzmitgliedern eine glückliche Heimkehr gewünscht hatte, sprach der Postrath Köhne aus Magdeburg in warmen Worten den Dank der versammelten Mitglieder für die ihnen durch die Zuziehung zu den Berathungen ertheilte Anregung und Belehrung aus und schloß mit einem Hoch auf den Leiter der Post und Telegraphie.

Vor ihrer Abreise ist den Konferenzmitgliedern noch Gelegenheit gegeben worden, der am Dienstag Abend stattgefundenen Sitzung des elektrotechnischen Vereins beizuwohnen.

— Ueber die Wiederbesetzung des evangelischen Bisthums Jerusalem schweben, wie das „B. T." vernimmt, noch Verhandlungen. Obgleich Preußen nach dem Tode des von England ernannten letzten Bischofs das Ernennungsrecht zufällt, so scheint die Neubesetzung doch nicht ohne Vorbesprechungen mit den maßgebenden britischen Kreisen zu erfolgen. Es ist selbstverständlich, daß man nach Jerusalem nur einen Geistlichen ernennen kann, der mit den dortigen Verhältnissen genau bekannt ist; fast alle hierzu geeigneten Personen haben aber bessere Fühlung nach Großbritannien als irgend wo anders hin, und von London aus lassen sie sich deshalb am besten auffinden.

— Ein Berliner Blatt hatte die Bemerkung gemacht, falls der ehemalige Vertheidiger des Grafen Harry Arnim, Rechtsanwalt Munckel in Berlin, gewählt würde, könnte er die politischen Pläne des verstorbenen Botschafters im Reichstage entwickeln. Diese Bemerkung hat zu folgender offiziösen Erklärung Veranlassung gegeben:

Wir sind überzeugt, daß die Regierung erfreut sein würde, einen Anlaß zu haben, schrankenlose Freigebigkeit mit dem in ihren Händen befindlichen amtlichen Material bezüglich dieser Frage der Oeffentlichkeit gegenüber zu üben. In dem Staatsinteresse liegt nach den Veröffentlichungen, welche vor Jahren bei Gelegenheit des Arnim-Prozesses erfolgt sind, gar kein Grund mehr, irgend welche Aktenstücke aus der Korrespondenz mit dem verstorbenen Grafen Arnim der Oeffentlichkeit zu entziehen. Wir zweifeln nicht, daß die Regierung Herrn Munckel dankbar sein würde, wenn er ihr den Anlaß dazu bieten wollte und wenn unser Einfluß für die Regierung maßgebend wäre, so würden wir dahin wirken, daß auch ohne einen Anstoß von Seiten des Herrn Munckel, lediglich im Interesse der Wahrheit und der Geschichte und auch zur Förderung des inneren Friedens und der Beziehungen zum päpstlichen Stuhle, zu derartigen Veröffentlichungen geschritten würde.

— Der spanische Kongreß hat den Gesetzentwurf, einen internationalen Eisenbahntunnel durch die Pyrenäen auf der Strecke Huesca Canfranc betreffend, angenommen. Sobald das Gesetz veröffentlicht wird, werden die Minister des Auswärtigen und der öffentlichen Arbeiten in Unterhandlungen mit Frankreich bezüglich der Konstruktion des Tunnels eintreten. Der Bau soll in sechs Jahren vollendet sein; beide Staaten werden sich mit 60,000 Francs pro Kilometer betheiligen.

— In Petersburg hat sich vor einiger Zeit unter den jungen Aristokraten ein Geheimbund, „heilige Liga", gebildet, bestimmt, der nihilistischen Bewegung, zumal in den gebildeten und vornehmen Kreisen, entgegen zu arbeiten, und die Person des Kaisers vor Attentaten zu schützen. Die Mitglieder dieser Liga, wie man sagt, dreihundert an der Zahl, entwickeln eine große Rührigkeit, welche oft die Anordnungen der Polizei durchkreuzt, daher ihnen der Polizeichef Koktow sehr wenig gewogen ist. Doch erfreuen sie sich der besonderen Gunst der höchsten Kreise und werden demzufolge von den Polizeiorganen mit großer Rücksicht behandelt. Vor einigen Tagen hat ein Mitglied der „heiligen Liga" in dem Petersburger Operettentheater „Livadia" einen die hauptstädtische Gesellschaft lebhaft beschäftigenden Konflikt verursacht, dessen Ausführlichkeit wir gestern berichteten.

Dieser Vorgang ist trotz des strengen Verbotes, seiner Erwähnung zu thun, Stadtgespräch, daher man sich genöthigt sah, dem Zaren darüber Bericht zu erstatten. Die gesellschaftlichen Zustände Rußlands erhalten durch die Thätigkeit der „heiligen Liga" eine äußerst charakteristische Illustration. Sie erinnern an die schlimmsten Zeiten der Nikolaiti'schen Regierung.

— Die „Weimarer Ztg.", deren Beziehungen zur Weimarer Regierung bekannt sind, sieht sich genöthigt, sich gegen eine neue Blüthe des Preßdenunziantenthums zu kehren, die analog der jüngst von den „Grenzboten" getriebenen von der „Post" geliefert wurde. Die „Weimarer Ztg." schreibt:

„Die Berliner Zeitung „Post" enthielt vor einigen Tagen eine Korrespondenz aus Jena, in welcher es hieß: „Bei dem „Konservativen Verein für Jena und Umgegend" laufen Eingaben von Lehrern ein mit der Bitte, sie aus der Liste der Vereinsmitglieder zu streichen, da ihre vorgesetzte Behörde nicht einverstanden sei, daß sie in ihrer Stellung sich öffentlich zu einer politischen Partei bekennten. Bis jetzt ist noch kein analoger Fall, also Austritt eines Lehrers aus dem „Liberal-sezessionistischen Verein" hier bekannt. Bezirks Direktionen im Großherzogthum Weimar, Landrathsämter im Herzogthum Meiningen werden dem Reichstag vielleicht ein interessantes Material über Einhaltung der Instruktionen des Wahlvorstehers in Dörfern Thüringens bieten." Was in dem letzten Satze dieser Korrespondenz gesagt werden soll, entzieht sich unserem Verständniß vollständig. Dahingegen haben wir uns bemüht, zu ergründen, inwieweit die Angabe, daß Lehrer auf Veranlassung ihrer vorgesetzten Behörde aus dem konservativen Verein in Jena geschieden seien, begründet ist. Ob in der That Lehrer ausgeschieden sind, ist eine innere Angelegenheit des genannten Vereins, die uns nicht berührt. Sollte dies geschehen sein, so ist jedenfalls obige Begründung des Schrittes nicht richtig. Auf Grund der von uns eingezogenen Erkundigungen können wir mit Bestimmtheit aussprechen, daß von den Behörden den Lehrern keinerlei Weisungen, Instruktionen u. s. w. weder in Bezug auf die Theilnahme an dem konservativen Verein in Jena noch in Bezug auf die Reichstagswahl mündlich oder schriftlich ertheilt worden sind."

— Aus mehreren preußischen Provinzen wurde dieser Tage berichtet, daß Petitionen um Abschaffung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und Ersetzung derselben durch Verbrauchsabgaben von den Konservativen verbreitet würden. Jetzt wird gemeldet, daß es sich dabei um eine im ganzen Staate erfolgende Agitation handelt. Mit größerer Dreistigkeit ist das Bestreben, die Staatslasten von den Schultern der Wohlhabenderen auf die der Unbemittelteren abzuwälzen, wohl noch niemals hervorgetreten. Sonst wurde doch wenigstens als Kern der „Reform" die Beseitigung der Klassensteuer ausgegeben; aber nur diejenigen Steuern, welche theils ausschließlich, theils vorzugsweise von den Wohlhabenderen gezahlt werden, abschaffen zu wollen, um sie durch Vertheuerung von Lebensmitteln zu ersetzen — das war der neuesten Phase konservativer Sorge für das „Wohl der arbeitenden Klassen" vorbehalten.

— Wie von bestunterrichteter Seite versichert wird, giebt das Befinden des Kaisers durchaus nicht zu Besorgnissen Anlaß. Es liegt nichts vor als leichte Erkältungszustände, hervorgerufen durch die wechselnde Witterung und die durch solche Zustände bedingte vorsichtige Zurückhaltung.

Ausland.

Bern, 20. November. Eine interessante Mittheilung über das vorgestrige Erdbeben bringt die „N. Z. Ztg." Laut derselben wurde der betreffende Einsender vorgestern Morgens 3,50 durch ein eigenthümliches Geräusch in seinem Zimmer geweckt. Unwillkürlich kam ihm der Gedanke einer Erdschwankung, weshalb er aufstand, ein Licht anzündete und Vorbereitung zur Beobachtung etwa weiter eintretender Schwankungen traf. Dann berichtet er: „Ein ziemlich gefülltes Waschbecken kam auf den Tisch, daneben ward wagerecht ein Kompaß angebracht, sodann ein hohes Halbliter-Bierglas bis zu einem Viertheil mit Wasser angefüllt, über den Rand ein schwerer eiserner Nagel gelegt, von welchem an einem Faden pendelförmig ein Ring bis etwa in die Mitte des Glases hinabreichte. Mein auf die Wasserwage genau abgestimmter Tisch ließ das Gesetz der Schwere seine ungehemmte Kraft entfalten, d. h sobald irgend eine Schwankung des Gleichgewichts vorkam, mußte der Ring diesem Zuge folgen und entweder sofort an die ihm zuneigende oder beim Abschwingen entgegengesetzte Wand des Glases anschlagen. Um 4 7 bewegten sich plötzlich die im Waschbecken schwimmenden Korke, ohne indeß einer bestimmten Richtung zu folgen; um 4,9 war diese Bewegung erloschen, begann jedoch um 4 13 wieder und zwar diesmal von SSW nach NO, die Korke schwammen nun, bald sich umkreisend, bald vibrirend, im Kreise herum, und auch das Wasser nahm merklich einen Kreislauf an, welcher entgegengesetzt der ursprünglichen Richtung sich bewegte Dabei — während voller 3 Minuten — läutete mein kleiner Sturmapparat unausgesetzt: es war eine rollende Erdbewegung. Um 4 13'27" war Alles vorüber. Aber bald darauf, um 4 31'26", begann es wieder zu läuten, diesmal zeigten die Korke eine ausgesprochene Vorwärts- und Rückwärtsbewegung, wie z. B. das Wellenspiel am Ufer von Seen und Flüssen, und zwar von S nach NON; der Boden des Zimmers zitterte: es war eine etwa 20" andauernde schwankende Erdbewegung. Wieder war es stille, bis plötzlich um 4,49 ein heftiger Stoß erfolgte,

bei welchem die Korke aus dem Wasser geschleudert wurden, alle Gegenstände tanzten und das Haus total erschüttert wurde; derselbe Stoß wiederholte sich noch heftiger um 4,50 — er schleuderte meinen Läuteapparat vom Tische und warf den Kompaß ins Waschbecken, so daß es mit meiner künstlichen Beobachtung aus war. Um 4,51 erfolgte ein dritter, bei weitem schwächerer Stoß, er ging von SWS nach O. So hatten wir alle drei Kategorien der vulkanischen Vibration unseres Erdballes zu verzeichnen; die stoßende, schwankende und rollende. Der ausgesprochene Hang der Bewegung nach Osten läßt den ursprünglichen Herd der unterirdischen Gewalten nach bis jetzt von anderwärts eingelaufenen Berichten ähnlicher Vorfälle im südwestlichen Jura und in den savoyischen Alpen vermuthen — vielleicht entpuppt sich eines schönen Tages der alte Schneekönig Montblanc als ein feuerspeiendes Ungethüm und eröffnet damit unserem lieben Schweizerland eine ganz neue Perspektive — nun, qui vivra verra."

Wien, 23. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat der Herr Handelsminister, Frhr. v. Pino, einen Gesetzentwurf, betreffend die Einführung von Postsparkassen in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern eingebracht und dadurch einem lange gehegten und vollkommen berechtigten Wunsche der Bevölkerung entsprochen. Ueber die Bedeutung und Nützlichkeit des Instituts der Postsparkassen ist es überflüssig, auch nur ein Wort zu verlieren; die in anderen Staaten gemachten höchst günstigen Erfahrungen nach dieser Richtung vermögen nur ermunternd und vielverheißend zu wirken.

Der Gesetzentwurf enthält 23 Artikel und lehnt sich in seinen wesentlichen Bestimmungen an das englische Postsparkassen-System an. Die Bestimmungen lauten: Unter staatlicher Verwaltung und Gewährleistung wird in Wien eine dem Handelsminister unterstehende, dem Ressort der Postverwaltung angehörige Staatssparkasse mit dem Titel: „K. K. Postsparkassen-Amt" errichtet. — Als Sammelstellen des Postsparkassen-Amts haben die Postämter in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern zu dienen. Dem Postsparkassen-Amt obliegt die Leitung und Ausübung der bezüglichen Geschäfte; zur Erstattung gutachtlicher Aeußerungen, sowie zur Antragstellung in Angelegenheiten, welche die Postsparkasse betreffen, wird ein Beirath bestellt. — Das Postsparkassen-Amt vereinnahmt die bei den Postämtern einfließenden Spareinlagen und zahlt durch Vermittlung der Postämter die gekündigten Einlagen zurück. — Die eingezahlten frei verfügbaren Spareinlagen hat das Postsparkassen-Amt fruchtbringend zu veranlagen. — Die Fruktifizirung der Spareinlagen findet durch Ankauf von verzinslichen österreichischen Staatsschuld-Verschreibungen statt. — Aus dem Ertrage der fruktifizirten Spareinlagen sind die Zinsen hierfür, sowie die gesammten Verwaltungs- und sonstigen Auslagen zu bestreiten. Insolange das Erträgniß der Anlagefonds zur Verzinsung der Spareinlagen und zur Deckung der Verwaltungs-Auslagen nicht ausreicht, sind der Abgang gleichwie die Kosten der ersten Einrichtung des Instituts aus Staatsmitteln zu Lasten des Post-Etats vorschußweise zu leisten. Die Vorschüsse sind aus den am Schluß des Verwaltungsjahres sich ergebenden Ueberschüssen an den Postetat unverzinslich zurückzuersetzen. Der nach gänzlicher Tilgung obiger Vorschüsse verbleibende Ueberschuß ist zur Bildung eines Reservefonds, der jedoch die Höhe von 2 Millionen Gulden nicht übersteigen darf, zu verwenden. Jeder Einleger erhält von der Sammelstelle (Postamt), bei welcher er seine erste Einlage erlegte, ein Einnahmebuch, in welches jede Einzahlung, Rückzahlung und der kapitalisirte Zinsenbetrag einzutragen ist. Jede folgende Einlage kann gegen Eintragung in das Eintragebuch bei jeder Sammelstelle (Postamt) bewerkstelligt werden. Für ein und dieselbe Person darf nur 1 Postsparkassen-Einlagebuch ausgefolgt werden. Das Einlagebuch wird unentgeltlich verabfolgt und ist stempelfrei. — Das Postsparkassen-Amt eröffnet jedem Einleger ein Konto. Den Postbediensteten ist es bei strenger Ahndung untersagt, außer an ihre Vorgesetzten an irgend Jemand Auskunft über Namen von Spareinlegern und die von ihnen eingelegten Beträge zu ertheilen. — Jede einzelne Einlage muß mindestens 50 kr. oder ein Mehrfaches von 50 kr. betragen. Die Gesammtsumme der Einlagen in einem Jahre darf den Betrag von 300 fl. nicht übersteigen. Das Guthaben eines Einlegers an geleisteten Einlagen und kapitalisirten Zinsen darf nach Abschlag der Rückzahlungen nicht mehr als 1000 fl. betragen. Ein die Summe von 1000 fl übersteigender Betrag des Sparguthabens wird nicht verzinst. Die Höhe des Zinsfußes für Spareinlagen wird für den Beginn mit drei von Einhundert Gulden pro Jahr festgesetzt. — Dieser Zinsfuß kann vom Handelsminister im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Finanzen im Verordnungswege abgeändert werden. Das Postsparkassen-Amt ist berechtigt, sobald Einlage und kapitalisirte Zinsen eines Einlegers die Ziffer von 1000 fl. überschreiten, den Einleger mittelst rekommandirten Schreibens zur Verminderung seines Sparkapitals aufzufordern. Wenn binnen des der Avisirung folgenden Monats der Einleger sein Guthaben nicht vermindert hat, werden nach Ablauf dieser Frist für denselben von Amtswegen Obligationen der in Noten verzinslichen, einheitlichen Staatsschuld im Nominalbetrage von 200 fl. zum Tageskurse aufgekauft und der Einleger hiervon verständigt.

Ueber Verlangen des Einlegers und nach Zulänglichkeit seines Guthabens kann die Einlage zum Ankauf eines österreichischen Staatspapiers verwendet werden. Auf die bei den Postanstalten eingelegten Spargelder, bezw. auf die Postsparkassen-Einlagebücher kann weder ein Verbot gelegt, noch ein Pfandrecht erworben werden. Auch ist die exekutive Einantwortung eines Postsparkassenbuches nicht zulässig. Befindet sich ein Einleger im Konkurse, so ist der Konkursmassen-Verwalter berechtigt, das Guthaben an die Postsparkasse zu kündigen, einzuziehen und darüber zu quittiren. — Ueber die Gebahrung mit den bei den Postämtern erlegten Spargeldern hat das Postsparkassen-Amt vorschriftsmäßig Rechnung zu legen und obliegt die bezügliche Kontrolle dem Obersten Rechnungshofe. — Mit Ablauf jedes Solarjahres wird der Handelsminister einen detaillirten Geschäftsbericht über die Gebahrung, die Wirksamkeit und den Stand des Postsparkassen-Amtes den beiden Häusern des Reichsrathes mittheilen und im amtlichen Theil der „Wiener Zeitung" veröffentlichen. Das Postsparkassen-Amt wird den jeweiligen Stand der Anstalt in der „Wiener Zeitung" periodisch verlautbaren. — Die Korrespondenz des Postsparkassen-Amtes und seiner Organe mit den Spareinlegern ist portofrei. Das Einkommen der Postsparkassen ist steuerfrei. Die an das Postsparkassen-Amt, die Postbehörden und ihre Organe gerichteten Eingaben in Angelegenheiten des Postsparkassen-Dienstes sind stempel- und gebührenfrei; ebenso sind die Zinsen von Einlagen an Sparbeträgen von der Entrichtung der Einkommensteuer und jeder in der Folge an deren Stelle tretenden Steuer befreit. Der Zeitpunkt, mit welchem das Postsparkassen-Amt in Wien, sowie die Sammelstellen ihre Thätigkeit beginnen, wird vom Handelsminister festgesetzt.

Paris, 22. November. Das politische Programm Gambetta's, welches in der ministeriellen Erklärung niedergelegt worden ist, hat das Mißgeschick, bei allen Parteien gleichmäßig Bedenken, beziehentlich Widerspruch zu erregen. Während die republikanischen Parteigruppen eine Klarstellung verschiedener Punkte des Programms verlangen und zu diesem Behufe eine Interpellation eingebracht wissen wollen, verhalten sich die konservativen Organe durchaus ablehnend. Bemerkenswerth ist die Taktik der äußersten Linken. Wenn der Konseilpräsident eine Reform des Senates plant, so verlangen die Ultraradikalen, daß die beiden Kammern sich zum Kongreß vereinigen und mit souveräner Gewalt die Verfassung in Bausch und Bogen revidiren; ein Verlangen, das von den autorisirten Organen Gambetta's mit dem Bemerken zurückgewiesen wird, daß es sich dann nicht um die Einberufung einer „assemblée de révision", sondern einer „assemblée de révolution" handeln würde.

Der „Times" gehen Mittheilungen über die Persönlichkeit des zukünftigen Privatsekretärs Gambetta's zu. Neben dem dritten Legationssekretär in Washington Bérard, wird von dem englischen Blatte der in Berlin wohlbekannte ehemalige Vorleser bei der deutschen Kaiserin Gerard genannt. In der erwähnten Meldung bleibt es übrigens zweifelhaft, wer von den beiden bessere Aussichten auf die Vertrauensstellung beim französischen Konseilpräsidenten hat.

Paris, 23. November. Die auf Initiative einiger Deputirten für heute einberufene Generalversammlung der gesammten republikanischen Majorität, mit Ausschluß der Extremen, findet wenig Anklang und Theilnahme und gilt daher der Versuch, die Grundlagen einer definitiven Organisation der regierungsfreundlichen Majorität in einer kompakten Gruppe zu schaffen, als gescheitert und zwecklos.

Die Besetzung des Postens des General-Gouverneurs von Algier ist noch immer nicht entschieden. Die Ablehnung Freycinets, dem derselbe wiederholt dringend angeboten worden ist, ruft in gambettistischen Kreisen eine unverhohlen geäußerte Mißstimmung hervor. Gegen Guichard, der ebenfalls von Seiten Gambettas in Aussicht genommen ist, suchen die algerischen Deputirten Schwierigkeiten zu erheben. Letztere, um ihren eigenen Einfluß besser geltend machen zu können, wünschen eine weniger unabhängige Persönlichkeit, als den millionenreichen und gegen jegliche Einwirkung unzugänglichen, die Verhältnisse Algeriens aus langjähriger Erfahrung vorzüglich kennenden Guichard, welcher selbst um den Posten des General-Gouverneurs nicht ambitionirt, aber bereit ist, ihn eventuell anzunehmen.

Heute Nachmittag war der erste Empfang der Botschafter und Gesandten auf dem auswärtigen Amt bei Gambetta. Eine Vorstellung des Personals der einzelnen Botschafter fand aber nicht statt, wie solches hiesige Blätter angekündigt hatten. Dergleichen Vorstellungen sind nur üblich beim Staatschef oder bei einem neuen Botschafter.

Provinzielles.

Stettin, 25. November. Nach dem bestehenden Gesetze kann solchen Gewerbetreibenden der Klasse B., welche nur den niedrigsten Steuersatz von drei Mark aufzubringen vermögen, denen dieser Satz sogar zur drückenden Last wird, die steuerfreie Ausübung ihres Gewerbebetriebs gestattet werden. Die Gemeindevorstände u. s. w. sollen daher veranlaßt werden, den Landräthen eine Vorschlagsliste der steuerfrei zu lassenden Handelstreibenden einzureichen.

— Am 8. Mai v. J. war in der Maurerherberge Auflage und blieben die Gesellen nach derselben noch im Gespräch zusammen; dabei entstand eine Meinungsdifferenz zwischem dem Maurerpolier Rohloff und einem Andern; der Maurergeselle Albert Wilh. Haak mischte sich dazwischen und biß den Rohloff in den Zeigefinger der linken Hand. Deshalb war Haak in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts wegen Mißhandlung angeklagt und wurde zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die Wittwe Wilhelmine Hamann geb. Schüler, welche zur Zeit im hiesigen Gefängniß eine Freiheitsstrafe wegen Kuppelei verbüßt, hatte im Jahre 1879 von der verwittweten Restaurateur Baumgarten einen Korb mit Kleidungsstücken im Werthe von ca. 300 Mark empfangen und diesen Korb dann ohne Wissen der Eigenthümerin versetzt. Deshalb wegen Unterschlagung angeklagt, trifft sie eine Zusatzstrafe von 3 Monaten Gefängniß.

— Mit der „Titania" traf, wie die „Ostsee-Ztg." meldet, gestern der Looshändler M. Lichtenstein, welcher nach Verübung verschiedener Betrügereien flüchtig geworden ist, hier ein. Derselbe wurde in Kopenhagen (nicht in London, wie früher irrthümlich berichtet) verhaftet und fand man in seinem Besitz noch ca. 2400 Kronen. Bei seinem Eintreffen hierselbst wurde er sofort von einem Schutzmann in Empfang genommen und nach dem Gefängniß eingeliefert.

— Am Mittwoch Nachmittag wurde die Louisenstraße Nr. 4 belegene Wohnung eines Landgerichtsraths mittelst Nachschlüssel geöffnet und aus einem Spind Silberzeug im Werthe von 200 Mark gestohlen. Eine in demselben Spind aufbewahrte größere Geldsumme ist von den Dieben nicht bemerkt und in Folge dessen zurückgelassen worden.

— Nach einer sehr mäßigen, trotzdem aber recht gut gespielten Novität „Duelle", Schauspiel in 3 Akten von Emil Arter, ging am Mittwoch an unserem Stadttheater das bekannte Virtuosenstückchen „Der Zigeuner" in Szene. Herr Lautenburg gab in der Titelrolle eine äußerst zutreffende, charakteristische Portraitstudie und erfreute sich lebhaftester Anerkennung. Da der geschätzte, wiederholt von uns mit aufrichtigem Lobe belegte Darsteller auch über hinreichende gesangliche Mittel verfügt, wußte er die Rolle des Zigeuners in jeder Beziehung künstlerisch zu gestalten und durchzuführen. Im Tanze hätte er sich etwas mehr nach dem Takte der Musik richten können, den er in der Hitze der Darstellung wiederholt überflügelte.

— Der Besitzer der pommerschen Landesbaumschulen zu Radekow, Herr J. Hafner, hat in dem Geschäftslokale des Herrn Albert Wiese (Frauenstraße 34) ein ca. 80 Sorten umfassendes Obstsortiment zur unentgeltlichen Ansicht ausgestellt und verfehlen wir nicht, alle Obstinteressenten darauf aufmerksam zu machen.

— Der „Bredower Gesang-Verein" für gemischten Chor wird auch in diesem Jahre wieder ein Konzert, und zwar am 5. Dezember, im Saale der Brauerei daselbst veranstalten, um für den Ertrag armen Kindern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Es ist daher schon des edlen Zwecks wegen eine recht zahlreiche Betheiligung zu wünschen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Duelle." Schausp. 3 Akten. Hierauf: Zigeunertanz. Ballet. Zum Schluß: „Der Zigeuner." Genrebild 1 Akt.

Vermischtes.

— Aus Warnow bei Wendisch Warnow, 22. November, wird nachstehender beklagenswerther Fall mitgetheilt: Gestern geht der Schulze Ebert zu Warnow bei Perleberg mit seinem 19jährigen Sohn auf die Jagd. In der Nähe der Chaussee glaubt der Sohn ein Reh zu sehen und feuert mit Posten auf dasselbe. Als er zur Stelle kam, 5 Schritt vom Chausseegraben, findet er, daß er einen reisenden Handwerksmann erschossen hat. Der Mann ist verheirathet und die Frau eine geborene Kelle aus Polzin in Pommern. Der Sohn des Schulzen, in Verzweiflung über seine unglückliche That, ertränkte sich in einer Mergelgrube. So sind zwei Menschenleben durch Voreiligkeit zum Opfer gefallen und einer Familie der Ernährer geraubt.

— Die Sage von der eingemauerten Frau im Schlosse Grunewald bei Berlin ist ziemlich bekannt. Dort soll nämlich Anna Sydow, die schöne Gießerin, die Geliebte des Kurfürsten Joachim II. eingemauert und dem Hungertode preisgegeben worden sein. Thatsächlich ließ nach dem im Jahre 1571 erfolgten Tode des Kurfürsten sein Sohn Johann Georg die Sydow in Spandau einkerkern. Der Verein für die Geschichte Berlin hat nun, wesentlich um die Unhaltbarkeit der Sage darzuthun, um die Erlaubniß nachgesucht, die zum zweiten Stock führende, vermauerte Treppe untersuchen zu dürfen. Dies Gesuch ist leider abschläglich beschieden worden.

Berlin. (Ein kolossaler Rausch) Von dem benachbarten Rittergut St. fährt ein Wagen jeden Morgen die Milch den betreffenden hiesigen Milchpächtern zu. Am Mittwoch früh erschien der Kutscher bei seinen Abnehmern ohne Milch. Der Grund, den er dafür angab, war ein höchst erstaunlicher, vielleicht noch nie dagewesener. Seit Dienstag Vormittag waren nämlich sämmtliche Kühe des Guten — es sollen über hundert Stück sein — total betrunken. Man hatte nämlich, wie das „B. T." berichtet, aus Versehen statt des Wasserhahnes einen daneben befindlichen Spiritusbottich aufgedreht und circa 150 Liter Spiritus in die Tranktonnen laufen lassen. Den Kühen mundete das Feuerwasser vortrefflich, binnen Kurzem hatten sie sich sämmtlich einen gehörigen Rausch gekauft und waren so kreuzfidel, daß sich ihnen Niemand nahen konnte, um sie zu melken. Den Lärm, den über 100 betrunkene Kühe anstifteten, kann man sich leicht vorstellen.

Diez, 19. November. (Hungerkur.) Wie man der „Kobl. Ztg." mittheilt, befindet sich in dem hiesigen Zuchthause ein Sträfling, der, wie es scheint, dem Dr. Tanner nacheifern will. Es sind jetzt schon 9 Tage her, daß der Betreffende keine Nahrung zu sich genommen hat, allein, um seinen Trotz zu offenbaren; nur Wasser nimmt er zuweilen an. Dabei zeigt er nicht die geringsten Schwächezustände, sondern arbeitet nach wie vor das bestimmte tägliche Pensum.

— (Kannibalisch.) Ueber einen Fall unerhörter Brutalität wird der „N. Temesv. Ztg." berichtet: In der Gemeinde Beregßo (Temeser Komitat) hat am Sonntag den 12. d. der dortige Insasse Moyße Ponya seinen Knecht Miksa Trailla, einen 15jährigen Burschen, der Unterschlagung eines Geldbetrages von 20 fl. verdächtigt. Auf die Unschuldsbetheuerung des Verdächtigten packten Moyße Ponya und sein Sohn den Burschen, banden ihn mit einem Stricke, hängten ihn an einem Nagel der Zimmerdecke bei den Füßen auf und hieben mit einem eingeweichten Strick auf den Rücken und Körper des Aufgehängten zwei Stunden hindurch derart ein, daß der ganze Körper einer blutigen Masse glich, worauf sie ihn losbanden. Des anderen Morgens 5 Uhr ward der arme halb todte Bursche neuerdings gebunden, auf die Erde geworfen, worauf Annuska, die Tochter des Moyße Ponya, auf der Brust des Burschen mit den Füßen herumtrat, während Moyße Ponya die Beine und Knie desselben mit einem Knittel blutig schlug. Hierauf lösten sie den Strick, worauf es dem Burschen gelang, sich gegen 8 Uhr Morgens zu seinem Bruder zu retten. Um 10 Uhr wurde der Bursche auf Befehl des Richters in die Wohnung seines Dienstgebers geschleppt, wo derselbe unter Mitwirkung des Kleinrichters abermals gebunden und an einer ihm um den Hals geworfenen Schlinge auf einem im Deckengebälke angebrachten Nagel aufgehängt wurde, wo man ihn bis zum Bewußtloswerden hängen ließ. Bei der Prozedur des Aufhängens wirkte der Dienstherr insoferne mit, als er den Burschen mittelst einer Zange, die in der Unterlippe des Opfers eingeklemmt war, hinaufziehen half. Hierauf wurde der Bursche in bewußtlosem Zustande in das Gemeindehaus getragen, wo er bis 10 Uhr Abends im Arrest blieb, worauf 4 Gemeindewächter in das Lokal traten, den Burschen auszogen und in die Gemeindestube trugen; dort ergriff ihn einer der Wächter Namens Jovan Juarku und drückte ihm den rechten Arm und die nackte Brust an den mittlerweile glühend gemachten Ofen derart an, daß das Fleisch rauchte und diese Körpertheile mit tiefen Brandwunden bedeckt wurden, worauf der Bursche angezogen und wieder in den Arrest geworfen wurde. — Dies ist der erste Akt. — Nun kommt der zweite! — Der Bruder des Burschen ging noch am Montag zum Ortsnotär, Namens Radnyanczu, um die Freigebung seines mißhandelten Bruders zu erbitten, was jedoch der saubere Notär verweigerte; im Gegentheil trug er dem anwesenden Richter auf, wenn der genannte Bruder noch einmal käme, denselben einzusperren und in kurze Eisen zu schließen. Als der Bruder des anderen Tages zu gleichem Zwecke wiederkam, um die Freigebung seines halbtodten Bruders zu erflehen, ward er nach des Notärs Weisung in Eisen kurzgeschlossen. Dieser Mann war am Montag, noch bevor er eingesperrt ward, nach Szakalhaza um den dortigen Arzt geritten, welcher jedoch erst am Mittwoch Mittags nach Beregßo kam, wo er den mißhandelten Burschen zwar besichtigte, denselben jedoch der nöthigen ärztlichen Hülfe nicht theilhaftig werden ließ. Am Mittwoch Mittags wurden sodann beide eingesperrten Brüder ihrer Haft entlassen. Gegen die Beregßoer Kannibalen wurde die Strafanzeige erstattet.

Telegraphische Depeschen.

Bonn, 24. November. Der Professor der Chirurgie, Geh. Medizinalrath Dr. Wilhelm Busch ist gestorben.

Bukarest, 24. November. Das amtliche Blatt veröffentlicht das Dekret, durch welches der bisherige Botschafter in Paris Callimaki-Catargi von seinem Posten abberufen wird.

Washington, 23. November. Prozeß Guiteau. Nach zahlreichen Unterbrechungen seitens Guiteau's beendete der Advokat Scoville heute seine Vertheidigungsrede. Der Gerichtshof begann darauf mit der Vernehmung der Entlastungszeugen. Der Arzt Guiteau's sagt aus, daß er im Jahre 1876 den Geisteszustand Guiteau's geprüft und gefunden habe, daß Guiteau namentlich in religiösen Fragen unzurechnungsfähig sei. Er habe der Familie empfohlen, ihn unter Aufsicht zu halten. Die Verhandlungen wurden schließlich bis zum Freitag vertagt.

Washington, 23. November. Der hiesige Gesandte von Peru machte in Erwiderung einer Anfrage die Mittheilung, daß der Präsident von Peru, Calderon, und der Minister des Auswärtigen, Galvez, nach einer ihm zugegangenen Pariser Depesche am 9. d. von den Chilenen verhaftet und nach Santiago transportirt worden seien. Der chilenische Gesandte in Washington habe hiervon amtlich noch keine Kenntniß, indeß habe derselbe privatim erfahren, daß die Verhaftung Calderon's durch den General Lynch erfolgte, weil er trotz des Absetzungsbefehls des Letzteren fortfuhr, seine Funktionen auszuüben. Ueber die Authentizität des Vorfalls, sowie über die Haltung der Unions-Regierung hinsichtlich desselben müsse das Staatsamt zunächst jede Auskunft ablehnen.